

SITZUNG VOM

1. Dezember 2008

PROTOKOLL

der 18. Sitzung

Datum: Montag, 1. Dezember 2008
Zeit: 18.00 bis 20.30 Uhr
Ort: Singsaal Lättenwiesen
Vorsitz: Ratspräsident Beat Altorfer
Protokoll: Ratssekretär-Stv. Ueli Boetschi
Anwesend: 35 Mitglieder
Abwesend: Konrad Fiechter (berufliche Gründe)

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 17. Sitzung vom 6. Oktober 2008
3. Ersatzwahl des 1. Vizepräsidenten
4. Ersatzwahl zweier Mitglieder des Wahlbüros
5. Postulat von Paul Remund betreffend Änderung der Praxis in der Sozialabteilung bei Auszahlungen zu Gunsten von Sozialhilfebezügern für Mietzinsen zur Verhinderung von Doppelzahlungen (Begründung)
6. Motion betreffend Änderung der Wohnsitzfristen bei Einbürgerungen von im Ausland geborenen Bewerbern, die keinen Anspruch auf Einbürgerung haben (Begründung)
7. Kleine Anfrage von Haci Pekerman betreffend aktuelle Wohnsitzsituation der AusländerInnen in der Stadt Opfikon
8. Privater Gestaltungsplan Bubenholz
9. Voranschlag 2009

SITZUNG VOM

1. Dezember 2008

1. Mitteilungen

1.1 Personelles**B5.1.3**

Ratspräsident Beat Altorfer gibt die entschuldigte Abwesenheit von Konrad Fiechter (berufliche Abwesenheit) bekannt. Bruno Maurer (Stadtrat) wird der Sitzung ab 19.00 Uhr beiwohnen.

Beat Altorfer begrüsst Walter Grauf (CVP), welcher anstelle von Carlos Martinez im Parlament Einsitz nimmt. Er wünscht ihm eine spannende, erfahrungsreiche Zeit als Mitglied des Gemeinderates Opfikon.

1.2 Eingegangene Post**B5.1.1**

- Schulraumplanung: Veranstaltung der Schule Opfikon vom 11. Dezember 2008, 19.00 Uhr. Interessenten werden gebeten, sich bei der Schulverwaltung anzumelden.

2. Protokoll der 17. Sitzung vom 6. Oktober 2008

Das Protokoll wird genehmigt und verdankt.

3. Ersatzwahl des 1. Vizepräsidenten**B5.1.3**

3.1 Geheime Wahl des 1. Vizepräsidenten

Die Interfraktionelle Konferenz, vertreten durch Jörg Mäder, schlägt vor:

- Anton Steiner (CVP)

Der Wahlvorschlag wird nicht vermehrt. Die geheime Wahl ergibt:

Zahl der Anwesenden	35
Eingegangene Wahlzettel	35
abzüglich leere Wahlzettel	1
abzüglich ungültige Wahlzettel	0
massgebende Zahl der Wahlzettel	34
Absolutes Mehr	18

SITZUNG VOM

1. Dezember 2008

gewählt ist Anton Steiner mit Stimmen	32
vereinzelte Stimmen	2
Total	34

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Anton Steiner
- Bezirksrat
- Stadtrat
- Stadtkanzlei

Anton Steiner bedankt sich für die Wahl und nimmt sie an.

4. Ersatzwahl zweier Mitglieder des Wahlbüros für den Rest der Amtsperiode 2006/2010

B5.1.3

Offene Ersatzwahl von zwei Mitgliedern des Wahlbüros für den Rest der Amtsperiode 2006/2010

Die Interfraktionelle Konferenz, vertreten durch Jörg Mäder (CVP), schlägt vor:

- Jörg Altorfer (SVP)
- Hans Speck (SD)

Der Wahlvorschlag wird nicht vermehrt. Die Vorgeschlagenen werden vom Ratspräsidenten als gewählt erklärt.

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Jörg Altorfer
- Hans Speck
- Bezirksrat
- Stadtrat
- Stadtkanzlei

SITZUNG VOM

1. Dezember 2008

- 5. Änderung der Praxis in der Sozialabteilung bei Auszahlungen zu Gunsten von Sozialhilfebezüglern für Mietzinsen zur Verhinderung von Doppelzahlungen - Postulat Paul Remund (FDP) und Mitunterzeichnende - Begründung** **F6.7.3**
-

Paul Remund (FDP) begründet das Postulat, wonach das Sozialamt im Rahmen der gesetzlichen Unterstützung Wohnungsmieten von Sozialhilfebezüglern vollumfänglich bezahle. Dabei nehme das Sozialamt die Überweisung an die Vermieter nicht selber vor, sondern übergebe das Geld den Klienten. Dabei komme es gelegentlich vor, dass das Geld für andere Zwecke ausgegeben wird und das Sozialamt den Mietzins ein zweites Mal bezahlen muss. Mit dem Postulat soll die gängige Praxis möglichst schnell geändert und die Mietzinszahlungen künftig direkt dem Vermieter überwiesen werden. Diese Vorgehensweise werde auch in Wallisellen erfolgreich angewendet und sei mit wenig Aufwand umzusetzen. Das Argument, wonach den Sozialhilfebezüglern ein gewisses Mass an Selbstverantwortung erhalten bleiben müsse, überzeuge nicht. Diese Verantwortung können sie mit allen anderen Zahlungen, wie sie jeder Bürger tätigen müsse, noch genügend unter Beweis stellen.

Der Stadtrat hat bis zur nächsten Sitzung bekannt zu geben, ob er bereit ist, das Postulat entgegen zu nehmen. Ein Ablehnungsantrag ist gemäss Art. 41 der Geschäftsordnung des Gemeinderates schriftlich zu begründen.

- 6. Änderung der Wohnsitzfristen bei Einbürgerungen von im Ausland geborenen Bewerbern, die keinen Anspruch auf Einbürgerung haben** **B4.1.2**
Motion Paul Remund (FDP) und Mitunterzeichnende - Begründung
-

Paul Remund (FDP) hält in seinen Eingangsvotum fest, dass es ihm und den Mitunterzeichnenden bei der Lancierung der Motion nicht um Fremdenfeindlichkeit geht. Bei der Vergabe des Schweizer Passes müsse zurückhaltender umgegangen werden. Von seiner Motion ausgenommen seien in der Schweiz geborene Bewerber sowie im Ausland Geborene im Alter zwischen 16 und 25 Jahren, die mindestens fünf Jahre Schulbildung in der Schweiz nachweisen können, da sie gemäss Bürgerrechtsverordnung (Art. 10, Abs. 1) ein Recht auf Einbürgerung haben.

Er beantragt jedoch die Verlängerung der Wohnsitzfristen für Ausländer ohne diesen Anspruch. Bisher müssen die Bewerber für das Schweizer Bürgerrecht entweder 12 Jahre in der Schweiz wohnhaft sein, davon 5 Jahre in Opfikon, oder 15 Jahre, wovon nur zwei Jahre in Opfikon. Das ist aus Sicht der Motionäre eindeutig zu wenig.

SITZUNG VOM

1. Dezember 2008

Er beantragt, dass Bewerber, die keinen Anspruch auf Einbürgerung haben, künftig 15 Jahre in der Schweiz wohnhaft sein müssen, wovon 10 Jahre in Opfikon. Diese Anforderung liegt noch unter derjenigen von Dübendorf, welche 15 Jahre Wohnsitz in der Gemeinde verlangt.

Angesichts des grossen ausländischen Bevölkerungsanteils ist es nicht angezeigt, dass die Stadt Opfikon mit einer Wohnsitzfrist von nur 2 Jahren noch weitere Einbürgerungswillige anzieht.

Der Stadtrat hat bis zur nächsten Sitzung bekannt zu geben, ob er bereit ist, die Motion entgegen zu nehmen. Ein Ablehnungsantrag ist gemäss Art. 41 der Geschäftsordnung des Gemeinderates schriftlich zu begründen.

7. Aktuelle Wohnsitzsituation der AusländerInnen in der Stadt Opfikon **E1.3.2**
Kleine Anfrage von Haci Pekerman (SP)

Der Ratspräsident informiert über den Eingang der Kleinen Anfrage von Haci Pekerman betreffend der aktuellen Wohnsitzsituation der AusländerInnen in der Stadt Opfikon.

Die Kleine Anfrage ist durch den Stadtrat innert zwei Monaten zu beantworten. Eine mündliche Behandlung der Antwort im Rat ist ausgeschlossen.

8. Privater Gestaltungsplan Bubenholz **B1.7.2**
Festsetzung

Heinrich Eberhard, Präsident und Sprecher der Planungskommission, stellt das Geschäft vor:

Auf dem Grundstück Kat. Nr. 8491 Bubenholz ist eine private Seniorenresidenz geplant. Im Gestaltungsplan eingeschlossen sind verschiedene private Grundstücke. Diese Grundstücke (ca. 12'000 m²) sind mit der Bauzone für Wohnen belegt. Die Planungskommission hatte somit die Aufgabe, die Rahmenbedingungen durch diese Bebauung zu prüfen. Die öffentliche Auflage, welche vom 15. Mai bis 14. Juli 2008 erfolgte, ergab keine Einwendung. Die Vorprüfung des Amtes für Raumplanung ergab geringe Änderungen, welche in die Unterlagen eingeflossen sind.

Die Unterlagen wurden durch die Planungskommission und wo nötig unter Zuzug des Bauvorstandes (bzw. seines Stellvertreters), den verantwortlichen Mitarbeitern des Bauamtes sowie der Planer bearbeitet. Von der Planungskommission wurden kleine Änderungen vorgeschlagen, mit welchen der Stadtrat einverstanden ist. Die Planungskommission ist einstimmig zum Schluss

SITZUNG VOM

1. Dezember 2008

gekommen, die Vorlage zu genehmigen. Heinrich Eberhard bedankt sich für die speditive Beantwortung der Fragen sowie die gute Zusammenarbeit.

Die Planungskommission beantragt dem Gemeinderat (3:0) den Antrag des Stadtrates vom 28. Oktober 2008 bestehend aus dem Gestaltungsplan Bubenholz mit den dazugehörigen Unterlagen gemäss den vorhergehenden Grundlagen mit kleinen Änderungen zu genehmigen.

Walter Epli, Bauvorstand, zeichnet den weiteren Zeitplan für das Seniorenzentrum Bubenholz auf. Nach Publikation des Gestaltungsplanes sei bis April 2009 mit der Verabschiedung durch den Regierungsrat des Kantons Zürich zu rechnen. Das Baugesuch dürfte im April bzw. Mai eingehen und bis im Herbst 2009 entschieden sein. Ein optimaler Ablauf vorausgesetzt, könnte der Baubeginn im Frühling 2010 und die Eröffnung des Seniorenzentrums im September 2011 erfolgen.

Es findet keine weitere Diskussion im Rat statt. Dem Antrag des Stadtrates und der Planungskommission wird ohne weitere Wortmeldung zugestimmt.

8. Privater Gestaltungsplan Bubenholz
Festsetzung

B1.7.2

Der Gemeinderat

- gestützt auf die Anträge des Stadtrates vom 28. Oktober 2008 und der Spezialkommission Planung vom 14. November 2008 sowie in Anwendung von Art. 34, Ziffer 2 lit. b) der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Der private Gestaltungsplan Bubenholz, bestehend aus Vorschriften, Plan im Massstab 1:500 und Einwendungsbericht vom 22. Oktober 2008, wird gestützt auf § 88 des Planungs- und Baugesetzes (PBG) sowie in Anwendung von Art. 34, Ziffer 2 lit. b) der Gemeindeordnung festgesetzt.
2. Sofern sich als Folge von Rechtsmittelentscheiden oder im Genehmigungsverfahren Änderungen an der Vorlage als notwendig erweisen, wird der Stadtrat ermächtigt, diese in eigener Zuständigkeit vorzunehmen. Diese Beschlüsse sind öffentlich bekannt zu machen.

SITZUNG VOM

1. Dezember 2008

3. Gegen diesen Beschluss kann innert 30 Tagen, von der Zustellung an gerechnet, bei der Baurekurskommission IV des Kantons Zürich, 8090 Zürich, schriftlich Rekurs erhoben werden. Die in dreifacher Ausführung einzureichende Rekurschrift muss einen Antrag und dessen Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist beizulegen. Die angerufenen Beweismittel sind genau zu bezeichnen und soweit als möglich beizulegen.
4. Mitteilung an:
 - H.-R. Blöchlinger, CEO Tertianum AG, Seestrasse 78, 8267 Berlingen
 - Felix Schweizer, Glatthofstrasse 14, 8152 Glattbrugg
 - Leonie und Willy Bühler-Graf, Wallisellerstrasse 31, 8152 Glattbrugg
 - Walter Sandhofer, Espenstrasse 23, 8408 Winterthur
 - Dong Chun Sin und Yun Hi Sin-Cho, Wallisellerstrasse 33, 8152 Glattbrugg
 - Berta Geiger-Widmer, Wallisellerstrasse 35, 8152 Glattbrugg
 - Erhard Sydler, Wallisellerstrasse 37, 8152 Glattbrugg
 - Cristina Sydler-Barco, Altstetterstrasse 174, 8048 Zürich
 - Jakob Itschner, Wallisellerstrasse 39, 8152 Glattbrugg
 - W. Gottschall, Planpartner AG, Hofstrasse 1, Postfach, 8030 Zürich
 - Giuliani Hönger Architekten, Kanzleistrasse 57, 8004 Zürich
 - Bauausschuss
 - Planungskommission (GR)
 - Bauvorstand
 - Finanzvorstand
 - Leiter Finanzabteilung
 - Leiter Bauamt
 - Bausekretär
 - Bauamt (2-fach)

SITZUNG VOM

1. Dezember 2008

9. Voranschlag 2009 und Festsetzung des erforderlichen Steuersatzes**F4.6.7**

EINTRETENSDEBATTE

Der Präsident der Rechnungsprüfungskommission, Paul Remund, erläutert den vom Stadtrat eingereichten Voranschlag 2009, welcher in der Laufenden Rechnung bei einem 10% höheren Steuerfuss von 106% einen kleinen Ertrags-Überschuss von 0.6 Mio. Franken ausweist. Dies unter Berücksichtigung von zusätzlichen Abschreibungen in der Höhe von 7 Mio. Franken.

Trotz einer verordneten Budgetüberarbeitung weisen folgende Abteilungen dennoch eine Zunahme beim Nettoaufwand aus: Die Bevölkerungsdienste, Gesundheit und Umwelt sowie die Sozialabteilung. Damit das abzuschreibende Verwaltungsvermögen des Gemeindegutes nicht von Fr. 25.4 Mio. um 62% auf extrem hohe Fr. 41.2 Mio. ansteigt, sind zusätzliche Abschreibungen von Fr. 7 Mio. vorgesehen. Insgesamt weist die Laufende Rechnung einen Ertragsüberschuss von Fr. 0.6 Mio. aus. Der resultierende Cashflow (= Bruttoüberschuss oder Gewinn vor Abschreibungen) von Fr. 12.4 Mio. ist zwingend notwendig, um die wiederum sehr hohen Investitionen im Verwaltungsvermögen von Fr. 14.4 zum Teil sicherzustellen. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt aber nur bei 86% anstatt den gewünschten 100%, sodass die Finanzierungslücke über Liegenschaftenverkäufe im Finanzvermögen gedeckt werden muss. Sollte sich dies verzögern, müsste der Liquiditätsbedarf am Kapitalmarkt beschafft werden, was zu einer erneuten Erhöhung des Fremdkapitals führen würde.

Für das Rechnungsjahr 2009 rechnet der Stadtrat mit einer einfachen 100%-igen Staatssteuer von Fr. 40.7 Mio. gegenüber Fr. 34.7 Mio. im Vorjahr. So resultiert gegenüber dem Voranschlag 2008 ein um Fr. 9.8 Mio. höherer ordentlicher Steuerertrag im Rechnungsjahr, nämlich Fr. 43.1 Mio. gegenüber Fr. 33.3 Mio. Die aktiven Steuerauscheidungen liegen mit Fr. 6.35 Mio. gegenüber Fr. 23.5 Mio. um Fr. 17.15 Mio. unter dem budgetierten Wert von 2008. Hauptgrund dafür: Pendente Einschätzungsfälle und die entsprechenden Restzahlungen können schon im Jahr 2008 erledigt werden. Zusätzlich wird das Budget durch die Auswirkungen der Finanzmarktkrise belastet.

Unter Berücksichtigung der zusätzlichen Abschreibungen von Fr. 7 Mio. per Ende 2009 erhöht sich der Restbuchwert des abzuschreibenden Verwaltungsvermögens ab Ende 2007 infolge der hohen Nettoinvestitionen in den Jahren 2008/09 um insgesamt Fr. 17.8 Mio. auf Fr. 38.6 Mio. Dieser Betrag setzt sich wie folgt zusammen: Allgemeiner Finanzhaushalt Fr. 34.2 Mio. abzüglich selbsttragende Institutionen Fr. 4.4 Mio.

Der Steuerkraftausgleich, auch Finanzausgleich genannt, findet dieses Jahr gar nicht statt. Erstmals seit vielen Jahren wird die Stadt Opfikon davon befreit sein. Im Vorjahr musste noch Fr. 7.4 Mio. bezahlt werden. Auf der Basis des

SITZUNG VOM

1. Dezember 2008

hochgerechneten Steuerertrages 2008, der geschätzten Einwohnerzahl sowie einer angenommenen relativen Steuerkraft (kantonales Mittel) resultiert unter Berücksichtigung einer Abgrenzungsauflösung und der Annahme von unveränderten übrigen Berechnungsfaktoren kein Steuerkraftausgleichsaufwand.

Der gesamte Personalaufwand erhöht sich verglichen mit der Rechnung 2007 um Fr. 0.7 Mio. oder 2.8% von Fr. 25.4 Mio. auf Fr. 26.1 Mio. Im Vergleich zum Voranschlag 2008 beträgt die Zunahme sogar 1.6 Mio. Fr. oder 6.7%. Vom gesamten Personalaufwand beträgt die Lohnsumme ca. 20.3 Mio. Fr., was einem Anteil von 77.5% entspricht. Der Rest verteilt sich auf feste Entschädigungen, Tag- und Sitzungsgelder, Sozialversicherungsbeiträge, Aus Hilfssentschädigungen, Vikariate sowie Aus- und Weiterbildungskosten.

Die Veränderung im Vergleich mit der Rechnung 2007 wird auf der Seite K12 des Voranschlages wie folgt begründet :

Im Budget 2009 eingerechnete Besoldungsanpassungen von 1.5% auf effektiver Lohnbasis 2008 gemäss Beschluss des Lohnausschusses vom 13. Mai 2008, welche nur für die Budgetierung massgebend sind und gleichlautendem Beschluss des Stadtrates für definitive Anpassungen vom 14. Oktober 2008 gemäss Qualifikationssystem „Puls“. Zudem ist die am 16. Oktober 2007 vom Stadtrat bewilligte Lohnquote von 1.7% (effektiv zu 82%, d.h. 1.4% ausgeschöpft) für die definitiven, individuellen Stufenanstiege per 1. Januar 2008 zu berücksichtigen.

Im Voranschlag 2009 ist zudem eine Teuerungszulage von 1.6% enthalten, welche auch der vom Regierungsrat beschlossenen mutmasslichen Teuerung für das Staatspersonal entspricht. Zu beachten ist im Weiteren auch die Differenz zwischen der effektiv vom Regierungsrat gewährten Teuerungszulage von 1.8% per 1. Januar 2008 und der im Budget 2008 enthaltenen kalkulatorischen Grösse von 0.8%.

Die ausgewiesene Stellenzunahme von 216.95 auf 224.60 (= +7.65 Stellen) ist aus dem provisorischen Stellenplan auf Seite K9 ersichtlich. Zu beachten ist dabei die stichtagbezogene Darstellungsweise. Mit Ausnahme des Alterszentrums (Stellendach vorhanden) und sofern nicht bereits erfolgt, sind die neu budgetierten Stellen noch durch die zuständige Instanz zu bewilligen.

Vor allem mehr Personalkapazitäten im Unterhaltsbereich durch neue, grosse Parkanlagen, im Alterszentrum durch höheren Pflegebedarf und in der Schule durch Reorganisation, Begabtenförderung, Deutsch als Zweitsprache etc., sind der Grund für den höheren provisorischen Stellenplan.

Bei den Selbsttragenden Institutionen rechnet die Abwasserbeseitigung wie im Vorjahr mit einem Betriebsrückschlag (= Verlust) von diesmal Fr. 418'400.00 . Die ordentlichen Abschreibungen betragen Fr. 478'000.00 das sind Fr. 177'000.00 weniger als im Voranschlag 2008. Die Abfallbeseitigung weist diesmal einen Betriebsvorschlag (= Gewinn) aus. Er beträgt Fr. 9'600.00 gegenüber einem Betriebsrückschlag von Fr. 78'860.00 im Budget 2008. Die or-

SITZUNG VOM

1. Dezember 2008

dentlichen Abschreibungen betragen Fr. 25'000.00, Fr. 5'000.00 Franken mehr als im Voranschlag 2008.

Allgemein stellt die RPK zu den vom Parlament gesetzten Zielen fest, dass es dem Stadtrat mit drastischen Mitteln (Steuerfusserhöhung um 10% auf 106%) gelungen ist, ein etwas mehr als ausgeglichenes Budget zu präsentieren. Hauptgrund für dieses im Vergleich zum Vorjahr erfreuliche Resultat ist die bereits erwähnte geplante Steuerfusserhöhung. Ein Steuerprozent entspricht Fr. 406'600.00. Durch eine 10%-ige Steuerfusserhöhung werden demnach ca. Fr. 4.1 Mio. mehr Steuereinnahmen generiert. Auch die Tatsache, dass die Stadt Opfikon aufgrund der gesunkenen relativen Steuerkraft im Vergleich zum kantonalen Mittel erstmals seit langer Zeit keine Zahlungen in den Finanzausgleich leisten muss, hat positive Folgen auf die Laufende Rechnung.

Einsamer Spitzenreiter beim Nettoaufwand ist einmal mehr die Schule mit Fr. 20.8 Mio. Das sind Fr. 0.3 Mio. oder 1.5% mehr als im Vorjahr. Leider wird damit die 20-Millionenmarke wiederum überschritten. Externe Faktoren, welche die Schule gar nicht beeinflussen kann, tragen dazu bei: Das neue Volksschulgesetz (z. B. durch die Einführung der Grundstufe) verursacht Mehrkosten, welche nicht verhindert werden können. Zum Zeitpunkt der Budgetierung ist man davon ausgegangen, dass im Jahr 2009 aufgrund von Zuzügen insgesamt eine zusätzliche Klasse gebildet werden muss. Inzwischen geht man bei der Schule aber davon aus, dass es sogar 4 bis 5 Klassen sein könnten, was den Aufwand nochmals markant ansteigen lassen würde. An zweiter Stelle folgt erneut das Sozialamt mit Fr. 12.4 Mio. gegenüber Fr. 11.8 Mio. im Vorjahr. Die Situation beim Sozialamt ist nach wie vor äusserst unerfreulich: Gegenüber dem Voranschlag 2008 steigt der Nettoaufwand um 5% an, gegenüber „nur“ 3% im Vorjahr. Von einer Trendwende kann also leider nicht die Rede sein. Im besten Fall kann von einer Stagnation auf sehr hohem Niveau gesprochen werden.

Beim Ertrag werden unter Ordentliche Steuern im Rechnungsjahr Fr. 43.1 Mio. Franken ausgewiesen. Das sind Fr. 9.8 Mio. mehr als im Voranschlag 2008 und gar Fr. 14 Mio. mehr als in der Rechnung 2007. Weitere Gründe für die Zunahme: Markant steigende Zahl an Steuerpflichtigen im neuen Stadtteil Glattpark sowie die bereits erwähnte Steuerfusserhöhung. Zum Zeitpunkt der Budgetierung wurde noch von einer erfreulichen Wirtschaftslage ausgegangen. Dass dem jetzt leider nicht mehr so ist, muss wohl nicht speziell erwähnt werden.

Zum Schluss dankt Paul Remund im Namen der Rechnungsprüfungskommission allen, welche an der Erstellung und Vorberatung des Voranschlages mitgewirkt haben. Der Stadtrat möchte den Steuerfuss um zehn auf 106 Prozent erhöhen. Die grosse Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission ist mit einer Steuerfusserhöhung von acht Prozent einverstanden. Zehn Prozent lehnt die RPK klar ab. Die RPK erwartet natürlich, dass die Exekutive und auch die Verwaltung wiederum alles daran setzen werden, den laufenden Aufwand möglichst gering zu halten. Im Namen der RPK beantragt Paul Remund auf den Voranschlag 2009 einzutreten.

SITZUNG VOM

1. Dezember 2008

Finanzvorstand Werner Brühlmann dankt der RPK für die Prüfung des Voranschlages 2009. Er erklärt, dass vor einem Jahr der Voranschlag 2008 mit einer Steuererhöhung von 8% auf 96% genehmigt wurde. Damals mussten ausserordentlich hohe negative Steuerkorrekturen bei juristischen Personen infolge definitiver Einschätzungen und gemeldeter Steuerfaktoren durch das Kantonale Steueramt zur Kenntnis genommen werden. Der Stadtrat ist davon ausgegangen, dass ein Steuerfuss von 96% längerfristig genügen sollte. Dass die Ergebnisse der Finanzinstitute derart einbrechen und für mindestens drei Jahre keine Gewinn- sondern nur noch die Kapitalsteuern abliefern werden, hatte damals niemand erwartet.

An der Ratssitzung vom 6. Oktober 2008 hat der Stadtrat den Gemeinderat über die mittelfristige Finanzlage informiert. Der aktuelle Finanzplan zeigt, dass die Ertragsausfälle nur durch einen zurückhaltenden Haushalt, den Abbau von Finanzvermögen, die Inkaufnahme einer höheren Verschuldung und mit einer weiteren Steuererhöhung kompensiert werden können. Dass mit der markant kleineren Steuerkraft die Zahlungen der Stadt Opfikon in den Finanzausgleich ab 2010 entfallen, ist wohl ein positiver Faktor, gleicht den Steuer ausfall jedoch nicht aus.

Werner Brühlmann dankt der RPK für die Arbeit und für die grundsätzliche Übereinstimmung in der Beurteilung der momentanen Finanzlage. Mit den Kürzungsanträgen der RPK ist der Stadtrat weitgehend einverstanden. Leider sind die meisten dieser Ausgaben-Reduktionen nicht nachhaltig, weil viele davon nur Verschiebungen innerhalb des steuerrelevanten Finanzplan-Zeitfensters darstellen.

Deshalb möchte der Finanzvorstand darauf hinweisen, dass die auf den so genannten Kürzungen beruhende, reduzierte Steuererhöhung von 8% statt 10% bewirkt, dass im Zeitfenster 2010 bis 2012 bereits wieder insgesamt 6% Steuerertrag fehlen. Wenn der Finanzplan als Zahlenspiel interpretiert werden kann, dann verkenne man das Gewicht des gut budgetierbaren Teils, nämlich der Ausgabe. Davon sind über 85% gebunden und nur nach oben veränderbar. Wie stark die Ausgaben insgesamt steigen werden, lässt sich diskutieren. Wie sich aber die künftigen Einnahmen entwickeln ist leider völlig ungewiss. Der Stadtrat ist der Ansicht, dass im Finanzplan das Ausgabenwachstum eher zurückhaltend und die Einnahmen eher optimistisch eingeschätzt wurden.

Deshalb ist auch der Voranschlag 2009 als „optimistisch“ zu beurteilen. Werner Brühlmann möchte aber nochmals in Erinnerung rufen, dass die Mehrerträge aus der (noch nicht gesicherten) Veräusserung von Finanzvermögen stammen und nicht wiederholbar sind. Ebenso gilt es, das stetig angewachsene Verwaltungsvermögen möglichst abzubauen – es bewirkt sonst steigende ordentliche Abschreibungen und Zinsen, wobei die Letzteren momentan erfreulich tief sind. Im Namen des Stadtrates beantragt Werner Brühlmann für Eintreten auf den Voranschlag 2009.

SITZUNG VOM

1. Dezember 2008

Jörg Mäder (NIO@Grünliberale) wertet das heutige Traktandum als nicht alltägliche Budgetberatung. Es ist zweifelhaft, ob der grösste Steuerzahler zu alter Stärke zurückfindet. Die starke Abhängigkeit von juristischen Personen mache sich nun spürbar. Er regt an, Grundstückgewinnsteuern nur dann zu budgetieren, wenn deren Eingang realistisch ist. Zudem muss vom Gedanken, wonach die Höhe des Steuerfusses ein Marketinginstrument ist, abgerückt werden.

Leo Wehrli (SVP) erklärt, der Voranschlag enthalte noch sehr viele Reserven. Von wirklicher Optimierung sei nicht sehr viel zu merken. Alleine die kürzlich von Stadtrat eingereichten Investitionsvorlagen (Sanierung Sportanlage Au mit Kosten von Fr. 8 Mio. und einer Fussgängerbrücke von Fr. 900'000.00) zeigen, dass nicht gespart und optimiert wird. Die Zahlen des Voranschlages sind tatsächlich nicht sehr gut, aber auch nicht so schlecht, wie sie dargestellt werden. Die SVP-Fraktion sieht immer noch enormes Optimierungspotenzial in den Bereichen Wettbewerbe, Landverkauf, Optimierung Verwaltung, Energie Opfikon AG, Betriebe, Bauamt, Unterhalt Pärke, Optimierung Baugesuche, Sozialamt und Steuerausgleich aktivieren. Diese Aufgaben müssen unverzüglich angegangen, auseinander genommen und optimiert werden. Zudem sind die Steuereinnahmen für das kommende Jahr sehr pessimistisch veranschlagt. So sei die höhere Bevölkerungszahl und der Ertrag aus dem DEZU-Zweckverband von ca. Fr. 300'000.00 bis Fr. 400'000.00 im Budget nicht erhalten. Die höhere Einwohnerzahl dürfte 5 Steuerprocente bringen, eine Reduktion der ausserordentlichen Abschreibungen um 2 Mio. Franken nochmals rund 5 Steuerprocente ausmachen. Die vom Stadtrat beantragte Steuerfusserhöhung ist unnötig und könne somit wie folgt aufgefangen werden: 2% gemäss RPK-Streichungen, 1% DEZU-Zahlung, 5% zusätzliche Einwohner, 2% mit einer Reduktion der ausserordentlichen Abschreibungen um 1 Mio. Franken. Die SVP lehnt daher die vom Stadtrat beantragte Steuerfusserhöhung ab. Die SVP-Fraktion spricht sich für Eintreten auf den Voranschlag aus.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen

Eintreten ist unbestritten und somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Investitionsrechnung im Verwaltungsvermögen

Paul Remund, Präsident der Rechnungsprüfungskommission erklärt, dass die RPK nach intensiv geführten Gesprächen mit dem Stadtrat nur eine Kürzung und zwei Streichungen bei der Investitionsrechnung VV beantragt. Die zwei einstimmig beantragten Streichungen erfolgen gegen den Willen vom Stadtrat.

SITZUNG VOM

1. Dezember 2008

Die einzige Kürzung hat der Stadtrat aber von sich aus eingebracht, weil sie zwangsläufig vollzogen werden muss. Es handelt sich um das Konto:

Seite	Konto	Text + Begründung/Kommentar	Veränd. um	Veränd. auf
	20	BAUAMT		
	201	KANALISATIONSBECKEN + SAMMELKANÄLE		
81	6100.301	Kanalisationsanschlussgebühren	- 1'060'000	690'000

Dies, weil die Anschlussgebühren für eine Grossüberbauung in Glattpark nicht erst im Jahr 2009, sondern schon im Jahr 2008 bezahlt werden oder in der Zwischenzeit schon bezahlt worden sind.

Die beiden Streichungen betreffen zum einen auch das Bauamt sowie die Liegenschaftenverwaltung. Beide Fälle stehen im Zusammenhang mit dem seltsamen Geschenk der Stadt Zürich in Form des stillgelegten Klärwerks beim Opfikerpark. Bevor keine klaren Vorstellungen über die neue Nutzung durch die Stadt Opfikon bekannt sind, will die RPK nicht 35'000.00 Franken in die Erschliessung mit Werkleitungen und sogar Fr. 260'000.00 in die öffentliche Zugänglichkeit zum Klärwerkareal investieren.

Die Begründung des Stadtrates, wonach die Stadt Zürich gemäss Vertrag die Möglichkeit hat, ihr Geschenk zurück zu nehmen, falls die Stadt Opfikon während drei Jahren nichts damit unternimmt, überzeugt die RPK nicht.

Paul Remund führt weiter aus, dass man manchmal froh wäre, ein Geschenk zurückgeben zu können. Gut möglich, dass dies im vorliegenden Fall auch für die Stadt Opfikon die beste Lösung wäre.

Die RPK beantragt somit einstimmig die beiden folgenden Streichungen auf null:

Seite	Konto	Text + Begründung/Kommentar	Veränd. um	Veränd. auf
	20	BAUAMT		
	209	DIVERSE		
83	5010.182	Klärwerk Erschliessung Werkleitungen	- 35'000	0
	61	LIEGENSCHAFTENVERWALTUNG		
	619	DIVERSE		
86	5010.120	Klärwerkareal / Öffentliche Zugänglichkeit	- 260'000	0

Beide Streichungsanträge der Rechnungsprüfungskommission werden mit 35:0 gutgeheissen.

Bruno Maurer (Gesundheitsvorstand) ergänzt, dass der DEZU-Zweckverband am 27. November 2008 über die Rückerstattungen an die Gemeinden entschieden habe. Für Opfikon resultiere daraus eine Zahlung von nicht budgetierten Fr. 324'800.00 (Konto 356.6220.104).

SITZUNG VOM

1. Dezember 2008

Roman Schmid (Jungbürgerliche Liste SVP) beantragt folgende Budgetstreichung:

206.5060.111	Ersatz Traktor klein Bauamt, Unterhalt	- Fr.	70'000
--------------	---	-------	--------

Walter Epli (Bauvorstand) weist auf das hohe Alter des jetzigen Fahrzeuges (Jahrgang 1974) und dessen Reparaturanfälligkeit hin.

Der Antrag von Roman Schmid (SVP) wird mit 19:16 Stimmen abgelehnt.

Albert Steffen (SVP) ist die nachstehende Investition für eine Fussgängerbrücke über die Autobahn ein Dorn im Auge.

207.5010.203	Fussgängerbrücke N20	- Fr.	100'000
--------------	----------------------	-------	---------

Er verzichtet auf einen Kürzungsantrag, legt der RPK jedoch ans Herz, dieses Projekt zu verhindern.

In der Zwischenabstimmung wird der Investitionsrechnung im Verwaltungsvermögen mit 35:0 Stimmen zugestimmt.

Investitionsrechnung im Finanzvermögen

Die RPK stellt keine Änderungsanträge bei der Investitionsrechnung im Finanzvermögen.

Heinrich Eberhard (SVP) stellt die nachfolgende Investition in Frage, enthält sich jedoch eines Streichungsantrages:

950.7020.112	Wettbewerb Gestaltungsplan Bubenholz	- Fr.	180'000
--------------	--------------------------------------	-------	---------

Nach Heinz Ehrensberger (SP) ist ein Verkauf des Grundstückes an der Riethofstrasse im Jahr 2009 unrealistisch. Er stellt daher für nachfolgenden Budgetposten einen Kürzungsantrag von 2.8 Mio. Franken.

950.7920.001	Buchgewinn auf nicht überbauten Liegen.	- Fr.	2'800'000
--------------	---	-------	-----------

Der Antrag von Heinz Ehrensberger wird mit 29:6 Stimmen abgelehnt.

SITZUNG VOM

1. Dezember 2008

In der Zwischenabstimmung wird der Investitionsrechnung im Finanzvermögen mit 33:0 Stimmen und 2 Enthaltungen zugestimmt.

Laufende Rechnung

Paul Remund, Präsident der Rechnungsprüfungskommission, erläutert, dass bis auf eine schmerzhafteste Streichung bei den Personalkosten sämtliche Änderungen in der Laufenden Rechnungen (28 Kürzungen, 6 Streichungen, eine Erhöhung) im Totalbetrag von Fr. 557'494.00 mit dem Einverständnis des Stadtrates erfolgt sind.

Für diese Bereitschaft nach einer bereits vorgängig durchgeführten, einschneidenden eigenen Sparrunde bedankt sich die RPK beim Stadtrat. Für die Rechnungsprüfungskommission ist es wichtig zu zeigen, dass in dieser schwierigen Zeit Exekutive und Legislative gemeinsam nach Lösungen für die akuten Probleme suchen.

Den nachstehend tabellarisch aufgeführten Kürzungsanträgen stimmt der Rat ohne weitere Wortmeldungen mit 35:0 gesamthaft zu.

Seite	Konto	Text + Begründung/Kommentar	Veränd. um	Veränd. auf
	10	LEGISLATIVE + EXEKUTIVE		
	1010	LEGISLATIVE		
9	3181	Gutachten + Honorare	- 2'500	2'500
	1020	EXEKUTIVE		
9	3181	Gutachten + Expertisen	- 7'500	7'500
	15	PRÄSIDENTIALABTEILUNG		
	1520	STADTKANZLEI		
11	3112	Anschaffung Maschinen und Fahrzeuge	- 3'000	3'000
11	3150	Unterhalt Büromobiliar, - maschinen	-2'500	2'500
12	3180.004	Dienstleistungen Dritter, Volkszählung	- 50'000	223'000
12	3181	Gutachten, Expertisen	- 4'000	4'000
	1540	KULTUR + FREIZEIT, KULTURKOMM.		
13	3180.004	Neujahrsblätter	- 5'000	17'000
13	3180.021	Ausstellungen	- 5'000	15'000
13	3180.031	Diverse Veranstaltungen	- 18'500	30'000
	20	BAUAMT		
	2010	BAUAMT-VERWALTUNG		
15	3180	Dienstleistungen Dritter	- 2'000	2'000
	2015	BAUPOLIZEI		
16	3180	Dienstleistungen Dritter	- 5'000	10'000
16	3181	Gutachten, Expertisen: Baukollegium	- 2'000	23'000
	2071	HEIMATSCHUTZ		
19	3181	Gutachten, Expertisen	- 1'500	1'500
19	3191	Jahresbeitrag ZH Heimatschutz: Korrektur	- 250	250
	2080	RAUMORDNUNG		
20	3181	Gutachten, Expertisen	-10'000	115'000
	30	BEVÖLKERUNGSDIENSTE		

SITZUNG VOM

1. Dezember 2008

	3010	JUGENDARBEIT		
21	3180	Dienstleistungen Dritter	- 5'000	33'000
	3440	ZIVILSCHUTZ		
27	3112	Anschaffung Maschinen, Fahrzeuge	- 57'100	0
	3450	ZIVILER FÜHRUNGSSTAB		
28	3001	Tag- und Sitzungsgelder	- 1'500	0
28	3030	Sozialleistungen	- 50	0
28	3090	Allgemeiner Personalaufwand	- 1'200	0
28	3113	Anschaffung Ausstattungen + Einrichtungen	- 500	0
28	3170	Repräsentationskosten und Spesen	- 500	0
28	3182	Frankatur- und Telefongebühren	+ 250	4'250
	35	GESUNDHEIT UND UMWELT		
	3577	NATURSCHUTZ		
34	3180	Dienstleistungen Dritter	- 5'000	40'000
	45	SOZIALAMT		
	4565	SOZIALE WOHLFAHRT ÜBRIGES		
40	3650.002	Überarbeitung Altersleitbild	- 25'000	22'100
	61	FINANZABT. – LIEGENSCHAFTEN		
	6105	OBERSTUFE HALDEN		
58	3113	Anschaffung Betriebsmobiliar + Werkzeuge	- 4'000	3'000
	6114	VV – ÜBRIGER AUFWAND/ERTRAG		
61	3140	Unterhalt Liegenschaften VV	- 20'000	47'240
	6116	STADTHAUS		
61	3110	Anschaffung Büromobiliar, -Maschinen	- 18'000	28'000
61	3180	Dienstleistungen Dritter	- 4'000	75'000
	6125	IFANGSTRASSE 19		
64	3140	Unterhalt Liegenschaften VV	- 8'000	26'700
	6140	FORSTWESEN		
Seite	Konto	Text + Begründung/Kommentar	Veränd. um	Veränd. auf
65	3180	Dienstleistungen Dritter	- 4'000	6'000
	6173	MÜHLEGASSE 2 – 4		
69	3144	Unterhalt Finanzvermögen	- 50'000	11'200
	6181	OBERHAUSERSTR. 136		
70	3144	Unterhalt Finanzvermögen	- 40'000	6'600
	6184	SCHAFFHAUSERSTRASSE 90		
71	3144	Unterhalt Finanzvermögen	- 15'000	6'000

Die RPK beantragt einstimmig mit 5:0 Stimmen gegen den Willen des Stadtrates, dass die sogenannte Puls-Lohnquote für individuelle Lohnerhöhungen bei Mitarbeitenden der Stadt Opfikon nicht wie beantragt 1.5%, sondern nur 0.8% beträgt. Auf eine totale Streichung der Puls-Quote verzichtet die RPK, weil es sich dabei auch um ein bewährtes Führungsinstrument für die Vorgesetzten handelt und das System einen positiven Einfluss auf die Motivation des städtischen Personals hat.

Dennoch ist die RPK der einhelligen Ansicht, dass die spezielle finanzielle Situation auch vom Personal ein gewisses Opfer abverlangen darf. Vergleiche mit der Privatwirtschaft, welche vom Verwaltungsdirektor vorgetragen worden sind, sind mit Vorsicht zu geniessen. Dabei gilt es auch in Betracht zu ziehen, dass die Arbeitsplätze bei der Stadt Opfikon kaum gefährdet sind, was man in

SITZUNG VOM

1. Dezember 2008

der Privatwirtschaft nicht behaupten kann. Paul Remund führt weiter aus, dass es den Verwaltungsdirektor (Hansruedi Bauer) ehrt, dass er sich engagiert zu Gunsten seiner Mitarbeitenden für die vom Stadtrat beantragte Puls-Lohnquote eingesetzt hat. Zudem sei nicht zu vergessen, dass die im Vorschlag mit eingerechnete Teuerungszulage von 1.6%, welche auch der vom Regierungsrat beschlossenen mutmasslichen Teuerung für das Staatspersonal entspricht, bestehen bleibt.

Die RPK beantragt somit einstimmig folgendes Oberkonto wie folgt zu kürzen:

Seite	Konto	Text + Begründung/Kommentar	Veränd. um	Veränd. auf
	3	AUFWAND		
1	30	Personalaufwand: Puls-Lohnquote nur 0.8%	* ca. - 180'144	ca. 25'940'741

Es handelt sich um einen ungefähren Wert, da sich der genaue Veränderungsbetrag der PULS-Lohnquote über 0.7% erst bei der Vornahme der Korrektur ergeben wird. Die Kürzung wird somit nicht genau dem Betrag von Fr. 180'144.00 entsprechen, weil in diesem Konto enthaltene feste Entschädigungen sowie Tag- und Sitzungsgelder von der Kürzung nicht betroffen sind.

Walter Fehr (Stadtpräsident) hält namens des Stadtrates an der beantragten Puls-Lohnquote von 1.5% fest. Er unterstreicht, dass sich das Besoldungssystem bewährt, da damit der frühere Automatismus von Lohnerhöhungen weggefallen ist. Die beantragte Quote dient dazu, einzelne Mitarbeitende mit individuellen Lohnerhöhungen zu fördern. Dabei darf auch die Konkurrenz zu anderen öffentlichen Betrieben nicht vergessen werden. Bewerbungsgespräche zeigen oftmals auf, dass die Löhne der Stadt Opfikon teilweise nicht konkurrenzfähig sind. Die von der RPK beantragte Kürzung erschwert das Halten von guten Fachleuten. Es gilt, das gute Niveau der Stadtverwaltung zu halten. Walter Fehr beantragt daher dem Gemeinderat, auf eine Kürzung der beantragten Puls-Lohnquote zu verzichten.

Der RPK-Antrag um Kürzung der Puls-Lohnquote von 1.5% auf 0.8% wird mit 30:3 Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Rolf Wehrli (Jungbürgerliche Liste SVP) äussert einen starken Vorbehalt gegenüber nachstehendem Budgetposten:

3260.3650. Beiträge Sportvereine/Bewegungswoche

Er stört sich an einer Zahlung von Fr. 10'000.00 im Zusammenhang mit dem EHC Glattbrugg, verzichtet jedoch auf einen Kürzungsantrag.

Valentin Perego (Bevölkerungsvorstand) erklärt, dass für die Eisbenützung in Kloten eine höhere Miete angesetzt wurde. Diese Erhöhung kann der EHC Glattbrugg nicht tragen. Im weiteren führt er aus, dass die Möglichkeit besteht,

SITZUNG VOM

1. Dezember 2008

dass sich eine der zwei Mannschaften auf das Jahr 2010 zurückzieht, was Einfluss auf das erwähnte Konto haben dürfte.

Roman Schmid (Jungbürgerliche Liste SVP) beantragt folgende Budgetstreichung:

3215.3112 Anschaffung Maschinen, Fahrzeuge - Fr. 41'000

Es handelt sich dabei um die Ersatzanschaffung eines Rasenmähers in der Badanlage Bruggwiesen. Roman Schmid stösst sich daran, dass das Gerät in Relation zu seinen Anschaffungskosten zu wenig im Einsatz sein dürfte. Das ausgewählte Gerät entspreche einem Mercedes und nicht einem angemesseneren VW. Roman Schmid stellt sich zudem die Frage, ob nicht ein Geräte-Pool innerhalb der Stadtverwaltung diese Anschaffung überflüssig macht.

Valentin Perego, Bevölkerungsvorstand, erläutert, dass der bisherige Rasenmäher 18 Jahre alt ist. Aus betrieblichen Gründen kann die Wiese der Badanlage Bruggwiesen nur zu ausgewählten Terminen gemäht werden, was dazu geführt hat, dass die Idee eines Gerätepools verworfen wurde. Valentin Perego erläutert, dass eine Nichtanschaffung erhebliche betriebliche Probleme verursachen würde.

Der Antrag von Roman Schmid (SVP) wird mit 23:10 Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Heinrich Eberhard (SVP) ergänzt, dass die Maschinenbewirtschaftung der Stadtverwaltung Opfikon in der Privatwirtschaft zum Konkurs führen würde. Bei wirklichem Sparwillen sei ein Gerätepool kein Problem.

In der Zwischenabstimmung wird der Laufenden Rechnung mit 35:0 zugestimmt.

SCHLUSSANTRAG UND FESTSETZUNG DES ERFORDERLICHEN STEUERFUSSES

Paul Remund geht namens der RPK mit dem Stadtrat einig, dass aufgrund der bisher nicht vorhersehbaren dramatischen negativen Entwicklung im Finanzhaushalt eine Steuerfusserhöhung leider nicht vermieden werden kann. Wie sehr sich die Auswirkungen der globalen Finanzmarktkrise auch auf die Schweizer Wirtschaft und damit ebenfalls auf die Finanzlage der Stadt Opfikon auswirken werden, weiss im Moment niemand genau.

SITZUNG VOM

1. Dezember 2008

Durch die bis auf eine Ausnahme vollumfänglich mit dem Einverständnis vom Stadtrat beschlossenen Kürzungen in der Laufenden Rechnung ist es immerhin gelungen, nochmals ein gutes Steuerprozent einzusparen. Die RPK behält ihre positive Grundhaltung und hofft darauf, dass die nähere finanzielle Zukunft weniger düster aussieht, als gegenwärtig befürchtet wird.

Es gilt auch in Betracht zu ziehen, dass es sich beim Finanzplan um ein Zahlenspiel über mehrere Jahre hinweg handelt, bei dem die effektiven Werte noch viel schwieriger abzuschätzen sind, als das schon beim Erstellen des Voranschlages mit seinem Zeithorizont von nur einem Jahr der Fall ist.

Diese Tatsache und der grundsätzliche, verhaltene Optimismus der RPK-Mitglieder führen dazu, dass die RPK eine Steuerfusserhöhung um ganze 10% einstimmig ablehnt, hingegen einer ebenfalls schmerzhaften Steigerung um 8% wie schon im Vorjahr auf neu 104% auch einstimmig zustimmt. Dabei gilt es herauszustreichen, dass die Stadt Opfikon mit diesem erhöhten Steuerfuss immer noch unter dem kantonalen Mittel liegt.

Leo Wehrli (SVP) stellt - wie in der Eintretensdebatte ausgeführt - namens der SVP-Fraktion den Antrag, auf eine Steuerfusserhöhung zu verzichten.

Amr Abdel Aziz (SP) sieht die Probleme auf der Einwohnerseite. Die schwierige Lage in Opfikon hat nicht nur mit der Finanzkrise zu tun. Die Politiker verstecken sich hinter der globalen Krise oder den Wohnsitzfristen von Ausländern. Juristische Personen werden in guten Zeiten tief besteuert, während in schlechter Phase die Einwohner dafür büssen müssen. Es stellt sich die Frage, wer zu diesem Zustand beigetragen hat. Der Stadtrat muss einen plausiblen Plan für eine seriöse Steuerpolitik vorbringen. Ein entsprechender parlamentarischer Vorstoss ist in Vorbereitung.

Roman Schmid (Jungbürgerliche Liste SVP) beantragt eine Steuerfusserhöhung von maximal 5%.

Das Wort wird nicht weiter erwünscht.

1. Abstimmung

Antrag SVP-Fraktion (Erhöhung Steuerfuss um 0 %)	3 Stimmen
Antrag Jungbürgerliche Liste SVP (Erhöhung um 5%)	28 Stimmen
	4 Enthaltungen

2. Abstimmung

Antrag Jungbürgerliche Liste SVP (Erhöhung um 5%)	13 Stimmen
Antrag RPK (Erhöhung um 8%)	22 Stimmen

3. Abstimmung

Antrag RPK (Erhöhung um 8%)	29 Stimmen
Antrag Stadtrat (Erhöhung Steuerfuss um 10%)	6 Stimmen

SITZUNG VOM

1. Dezember 2008

Der Gemeinderat entscheidet sich für den Antrag der Rechnungsprüfungskommission den Steuerfuss um acht Prozentpunkte auf 104 Prozent zu erhöhen.

In der Schlussabstimmung wird dem Voranschlag 2008 mit einem Steuerfuss von 104 % mit 35:0 Stimmen zugestimmt.

6. Voranschlag 2009 und Festsetzung des erforderlichen Steuersatzes

F4.6.7

Der Gemeinderat

- gestützt auf die Anträge des Stadtrates vom 30. September 2008 und der Rechnungsprüfungskommission vom 12. November 2008 und auf Art. 35 Ziffer 1 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Der Voranschlag der Stadt Opfikon für das Jahr 2009 wird - unter Berücksichtigung der vom Gemeinderat verabschiedeten Änderungen - genehmigt.
2. Für das Jahr 2009 wird eine Gemeindesteuer von 104 % der einfachen Staatssteuer von Fr. 40'660'000.00 erhoben.
3. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat zum Vollzug
 - Schulpflege
 - Abteilungsleitende
 - Finanzverwaltung (3 Originale)
 - Stadtkanzlei

SITZUNG VOM

1. Dezember 2008

Schluss der Sitzung

Gegen die Geschäftsführung werden keine Einwendungen erhoben. Beat Altorfer macht auf die Rekursmöglichkeiten gemäss § 151 des Gemeindegesetzes aufmerksam. Rekursinstanz ist der Bezirksrat Bülach, Bahnhofstrasse 3, 8180 Bülach.

Opfikon, 6. Dezember 2008

Für richtiges Protokoll
Der Ratssekretär-Stv.:

Ueli Boetschi

SITZUNG VOM

1. Dezember 2008

Protokoll geprüft:

Datum:

Die Präsidentin:
Beat Altorfer

.....

Der 1. Vizepräsident:
Anton Steiner

.....

Der 2. Vizepräsident:
Urs Wagner

.....